



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Die Landesversammlung der schwäbischen Fortschrittspartei zu
Eßlingen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Landesversammlung der schwäbischen Fortschrittspartei zu Eßlingen.

Als am 3. Febr. 1861 die Landesversammlung zu Eßlingen den Beschluß faßte, den Beitritt zum Nationalverein zu empfehlen, geschah dieser Anschluß an die nationale Partei mit gewissen Restrictionen und Vorbehalten, die allerdings mehr in den vorausgehenden Debatten, als im Beschlusse selbst sich kund gaben. Auch war jenes Ergebnis zum Theil fremder Einwirkung, der Beredsamkeit eines Apostels des Nationalvereins zu verdanken, welche siegreich über die Bedenken einzelner Wortführer im Verein mit den feurigen Mahnungen Anderer die Menge mit sich fortriß. Wurde von nun an in den Blättern der Partei die Polemik gegen den Nationalverein eingestellt oder sehr ermäßigt, so war doch nicht zu läugnen, daß die Betheiligung an dem Verein auch nach Eßlingen eine ziemlich laue blieb. Das ganze Verhalten Württemberg's während der letzten zwei Jahre bewies, daß es seine eigenthümliche Sonderstellung zur nationalen Sache noch nicht völlig aufgegeben hatte. Gleichwohl bezeichnete jener Tag einen Wendepunkt, das Eis war wenigstens gebrochen; daß es in der Zwischenzeit nahezu vollends aufthaute, bewies der Erfolg der Landesversammlung, die nach fast zwei Jahren am 14. Dec. d. J. abermals in Eßlingen gehalten wurde.

Wir möchten die Bedeutung dieses Erfolgs nicht überschätzen. Es dürfte sich fragen, ob in den paar hundert zu Eßlingen Erschienenen die durchschnittliche politische Bildung und Ueberzeugung Schwabens vertreten war. In früheren Artikeln haben wir die Gründe entwickelt, aus welchen die altliberale Partei sich von der politischen Action im Großen, speciell von aller Theilnahme an den nationalen Bestrebungen fast gänzlich zurückgezogen hat. So war auch in Eßlingen fast nur die Demokratie vertreten, wie überhaupt die Nationalpartei, wie einmal die Dinge liegen, in Schwaben ihre Anknüpfungspunkte eigentlich nur auf dieser Seite zu suchen hat. Aber eben der politisch rührige, für die nationalen Fragen empfängliche und thätige Theil der Bevölkerung war unzweifelhaft vertreten, und während schon hierdurch jener Mangel sich wieder ausgleicht, kommt dazu noch die eigenthümliche Art der Gegensätze, welche sich hier maßen und die Entscheidung allerdings zu einer bedeutungsvollen machten.

Wenn anderswo in Deutschland politische Versammlungen zur Berathung der nationalen Fragen stattfinden, so sind sie entweder von Freunden des Nationalvereins oder von Freunden des Bundestags, von Kleindeutschen oder

Großdeutschen veranstaltet. Die Parteien haben sich längst geschieden, es gibt für diese Gegensätze kaum mehr gemeinsame Tribünen. Anders in Württemberg. Hier wurde mit aller Gewalt wenigstens äußerlich die Einheit einer württembergischen Fortschrittspartei festgehalten, welche jene Gegensätze in Bezug auf die deutsche Frage in ihrem Schoß vereinigte. Im Grund hatten nur die eigentlich Großdeutschen hieran ein wirkliches Interesse, sie dominirten factisch, indem sie jeder engeren Annäherung an die Nationalpartei das oberste Interesse der Einheit der württembergischen Demokratie entgegenhielten, und so jene farblosen Compromisse veranlaßten, welche überall zum Vorschein kamen, wo die Schwaben ihre Meinung über die deutsche Frage abzugeben hatten.

Dieser Zustand, der auf der Fiction beruhte, daß die Einheit der Partei möglich sei bei diametral entgegengesetzten Ansichten gerade über die wichtigste Frage — denn als solche wurde doch die deutsche Frage allgemein anerkannt — war auf die Länge unhaltbar. Sie war unmöglich von dem Augenblick, wo die Scheidung der beiden großen Parteien, die inzwischen innerlich gereift war, auch äußerlich zu Tage trat und sich in besonderen Existenzen verkörperte. Als dem Nationalverein sich der Reformverein gegenüberstellte, auf Weimar Frankfurt folgte, war die deutsche Frage für jeden Politiker zum aut — aut geworden. Man mußte Farbe bekennen, das Kokettiren mit Rechts und Links mußte ein Ende nehmen, und vor dieser unerbittlichen Logik zerfiel auch die Fiction einer besonderen schwäbischen Fortschrittspartei.

Gerade über Weimar und Frankfurt war man zwar noch glücklich genug hinübergekommen. Wer jedoch die genauere Geschichte der damaligen Verhandlungen im Schooß der schwäbischen Fortschrittspartei kennt, weiß, daß schon damals der offene Bruch drohte und nur mit Mühe vermieden wurde. Die Württemberger, welche nach Weimar gingen, hatten sich zuvor verbindlich gemacht, keinen Antrag zu stellen oder zu unterstützen, dem beizustimmen den beiden Großdeutschen, welche sich angeschlossen hatten, unmöglich gewesen wäre ein deutlicher Beweis, wie jene Rücksicht auf die „Einheit der Partei“ nur zu einem Terrorismus der Großdeutschen geführt hatte. Als dann der Frankfurter Convent nahte, wurde der Bruch nur dadurch abgewendet, daß die zur Partei haltenden großdeutschen Demokraten, welche nach Frankfurt gehen wollten und hierzu vorbereitende Versammlungen gehalten hatten, von diesem Schritte doch wieder Abstand nahmen, freilich nur mit Rücksicht auf die Unpopularität desselben.

Allein je mehr auf diese Weise die Entscheidung künstlich hinausgeschoben wurde, um so unerquicklicher gestalteten sich die Verhältnisse und Streitigkeiten im Innern der Partei, und der Wunsch, endlich aus dieser Situation herauszukommen, war neben dem Bedürfnis, gerade nach Weimar und Frankfurt und nach dem kläglichen Debut der großdeutschen Vereine der öffentlichen Stimme

in Schwaben Ausdruck zu geben, der Hauptgrund, warum von Seite der national Gesinnten und namentlich auch von Seite der Landbevölkerung die Berufung einer Landesversammlung verlangt wurde.

Auch dies ist nun freilich wieder specifisch schwäbisch, und so zu sagen landsmannschaftlich, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Führern dem Lande selbst zur Entscheidung vorgelegt, daß der Streit zwischen Groß- und Kleindeutschland gleichsam zu einer Landesangelegenheit gemacht wurde. Denn an eine eigentliche Unterwerfung der Minderheit unter die Mehrheit war ja doch in keinem Falle zu denken. Allein die Traditionen jener Zeit, wo die demokratische Partei wirklich noch ihre geschlossene Einheit bewahrte, lassen sich nicht so leicht beseitigen, und die Nachwirkung derselben hat in jedem Falle das Gute, daß wenn eine Schwenkung unter diesen Umständen sich nur äußerst schwerfällig vollzieht, sie dafür, wenn sie vollzogen ist, um so mehr zu bedeuten hat. Denn bei der Zähigkeit, mit welcher die demokratischen Elemente zusammenhalten, wird doch allmählig nach dem Gesetz der Schwere die ganze Masse dem Punkte sich zu bewegen, wo einmal die Mehrheit Fuß gefaßt hat. Zugleich erhält eine solche Debatte einen gewissen dramatischen Reiz. Es ist eine wirkliche Debatte, öffentlich vor dem ganzen Lande messen sich die Kräfte von hüben und drüben, und in diesem offenen Kampfe wird ebenso die unterliegende Partei der Schranken sich bewußt, welche ihr innerlich und äußerlich gezogen sind, als die siegreiche zu gesteigertem Selbstgefühl angeregt werden muß.

So trafen denn am 14. December Vormittags aus verschiedenen Gegenden des Landes dreihundert Männer in Eßlingen ein, unter ihnen der Kern der schwäbischen Demokratie, Männer, die zum Theil in den parlamentarischen Kämpfen vor dem Jahr 1848 geschult, zum Theil erst seit dieser Zeit ins öffentliche Leben eingetreten sind, Wenige nur der altliberalen Partei angehörig. Indem sich die Reihen allmählig füllen, gewinnen wir Zeit, uns die Gruppen, die sich im Vordergrund bewegen, näher zu betrachten. Die Ehre des Vorsizes ist heute jenem silberhaarigen Manne zugedacht, dessen Persönlichkeit ebenso verfühlich ist, als er im Kampf für die Volksrechte sich hartnäckig und unerbittlich gezeigt hat, Gottlob Tafel, vor Zeiten ein Opfer der Burschenschaftsverfolgungen, dann lange Jahre in den Reihen der württembergischen Opposition, wie in Frankfurt auf den Bänken der Linken, eine weithin unter den Gesinnungsgenossen bekannte Persönlichkeit durch das gastliche Haus, das jederzeit den politischen Freunden geöffnet ist; ihm am nächsten stehend an politischer Gesinnung Ködinger, der wie er in den Gefängnissen des Hohenasberg den ersten Traum der deutschen Einheit verbüßte und ebenso in vieljähriger parlamentarischer Laufbahn sein unzertrennlicher Gefährte war; dann Fejer, der vor zwei Jahren erklärte, an dem Tage, da der Nationalverein die Reichsverfassung auf's Panier schreibe, werde er beitreten, und Wort hielt, ein lebendiges Nachschlage-

buch, so oft eine Bestimmung der Verfassungsurkunde oder auch der Reichsverfassung in Frage kommt. Da erblicken wir ferner Adolf Seeger, in schwächlichem Körper ein willensstarker Geist, der am frühesten und energischsten darauf drang, daß die Würtemberger sich rückhaltlos der großen Nationalpartei anschließen, und der ebenso mit scharfer Logik die Gegner zu schlagen als mit eindringlichen Worten zum Herzen des Volks zu reden versteht, die Seele der nationalen Bewegung in Schwaben; neben ihm sein Bruder Ludwig Seeger, der Uebersetzer Berangers, ein begabter, witziger Kopf, der, wenn er eine gute Stunde hat, durch seine drastische, populäre, mit Humor und Sarkasmus gewürzte Rede großen Eindruck hervorbringt. Neben ihm sei auch gleich ein anderer Dichter und Uebersetzer genannt, der zugegen und gleichfalls warmer Freund des Nationalvereins ist, Friedrich Notter, von dem nur Wenige wissen werden, daß er in dem von Paul Pfizer im Jahre 1830 herausgegebenen „Briefwechsel zweier Deutschen“ der eine der beiden Briefsteller ist. Eine andere Gruppe bildet sich um Julius Hölder, eine milde, gutmüthige, ächt schwäbische, dabei tüchtig patriotische Natur, dem seit Schoders Tod die Führerschaft der liberalen Partei unbestritten wäre, wenn seine Gewissenhaftigkeit mit einer gleich großen Energie gepaart wäre. In seiner Nähe sitzt der Fabrikant Dr. Ammermüller, der besonders um den gewerblichen Fortschritt des Landes wohl verdient, in den Zollvereinswirren dagegen ein um so hartnäckigerer Vertheidiger des Schutzes ist, wenn er auch nicht so weit geht wie Moriz Mohl, der übrigens an dieser Versammlung so wenig, wie an allen ähnlichen, sich betheiligt, und der — von jeher eine Partei für sich — vollends seit seinem Erscheinen auf dem Frankfurter Tag nicht mehr zur Partei gerechnet werden kann. Ein anderer Gegner des Handelsvertrags ist der heutige Vicepräsident, Fabrikant Deffner, unähnlich seinem Vater, der im Jahre 1833 fast der einzige Abgeordnete von der liberalen Opposition war, der weiterblickend als seine Gesinnungsgenossen dem Zollvereinsvertrag mit Preußen seine Zustimmung gab. Aber auch Gustav Müller ist erschienen, das Mitglied des Handelsstagsausschusses, der soeben eine vielversprechende Agitation für den Handelsvertrag und die Erhaltung des Zollvereins in Schwaben ins Leben gerufen hat. Eine weitere Gruppe endlich, die sichtlich zu großen Dingen sich rüstet und auf welche heute vor Allem die Blicke gerichtet sind, hat sich dort um Probst gebildet, den ultramontanen Demokraten, dem seine Vertheidigung des Concordats noch heute unvergessen ist, und der gleichwohl als feiner, vielgewandter Kopf und eleganter Redner bis heute zu den Zierden der Volkspartei gerechnet wurde. Mit der Glätte eines Aals wußte er sich bisher durch großdeutsche und kleindeutsche Programme hindurchzuwinden und sich in allen Lagern möglich zu machen; er war es, der hauptsächlich die Destreicher zur Theilnahme an der Weimarer Versammlung zu bewegen suchte und dann selbst

dort erschien, um seinen großdeutschen Standpunkt zu vertheidigen, während seine beiden heutigen Bundesgenossen, Becher und Desterlen, auf dem Punkte standen nach Frankfurt zu gehen — Becher der Reichsregent vom Jahr 1849, später gesuchter Vertheidiger in politischen Proceffen, mit fließender Rede ausgestattet und mit einer Stimme, deren Wohlklanges er sich selbst am besten bewußt ist, noch heute zur äußersten Linken gehörig, wie Desterlen, der auch als Politiker den Advocaten nicht verläugnet und dessen breite pathetische Redeweise mitunter an den Geschmack des Jahres 1848 erinnert, der aber freilich noch nicht zu vergleichen ist mit dem excentrischen ehemaligen Pfarrer Goppf, längere Zeit Redacteur des Beobachters, dem enfant terrible der Partei. Nur Wenige fehlen, die sonst auf diesen Versammlungen zu erscheinen pflegen. Wir vermisten von bekannteren Namen den Director Pfeifer, den eifrigen Freund des Nationalvereins und des Handelsvertrags, Sigmund Schott, den sonst unzertrennlichen Gefährten Probsts, Reyscher, den von Tübingen hinweggemäßigten Professor, jetzt Abgeordneter der Stadt Stuttgart, und Hermann Reuchlin, den Geschichtschreiber Italiens, die beiden letzten übrigens mehr zur altliberalen Partei neigend.

Die Anträge in der deutschen Frage, welche das Comité vorbereitet hatte, waren im Wesentlichen übereinstimmend mit den Beschlüssen des Abgeordnetentags und der Generalversammlung des Nationalvereins. Sie sprachen die entschiedene Verwerfung des Delegirtenprojects und des Bundesgerichts aus, erklärten sich für die Ausführung der gesetzlich zu Stande gekommenen Reichsverfassung vom 18. März 1849, und für Einberufung einer Nationalversammlung zur Lösung der Oberhauptsfrage und zur Vornahme der etwa für nothwendig und wünschenswerth erkannten Abänderungen der Reichsverfassung. Endlich wurde es als eine dringende nationale Forderung bezeichnet, daß alle deutschen Bundesstaaten mit Einschluß Deutschösterreichs sich dem in der Reichsverfassung begründeten Gesamtverband anschließen. Sollten aber der Herstellung einer Gesamtdeutschland umfassenden bundesstaatlichen Einigung in Deutschösterreich oder in einem andern deutschen Staate für jetzt unübersteigliche Hindernisse im Wege stehen, so dürfe dies für die übrigen Staaten kein Abhaltungsgrund sein, mit der Ausführung des nationalen Werks an ihrem Theile zu beginnen.

Gegen den letzteren Punkt richtete sich vornehmlich die Einsprache der großdeutsch-demokratischen Fraction. Deutsch-Österreich dürfe auf keine Weise ausgeschlossen werden, die gleichmäßige Theilnahme aller deutschen Stämme und Staaten sei die wesentliche Voraussetzung einer engeren Vereinigung. Es war eine Wiederholung der bekannten Sätze der großdeutschen Partei. Aber auch gegen die Forderung der Reichsverfassung legten die Herren Probst, Desterlen, Becher Verwahrung ein, deren tiefer liegendes Motiv, wenn es auch nicht ge-

radezu ausgesprochen wurde, die Abneigung gegen die monarchische Spitze, und gegen die mit der Reichsverfassung unvermeidlich gegebene preußische Führerschaft war, eine Abneigung, die durch die Adoption der Reichsverfassung von Seite der Nationalpartei nur noch verstärkt wurde. Früher, als man mit dieser Forderung noch allein stand, hatte man sich gleichfalls für die Reichsverfassung erklärt; seitdem aber der Nationalverein sie in sein Programm aufgenommen, war sie auf einmal verdächtig geworden. Es streite, sagten die Redner dieser Seite, wider den Grundsatz der Nationalsoveränität, wenn man das künftige Parlament an die Reichsverfassung wie an eine Instruction binden wolle, während es doch aus eigener Souveränität die Verfassung zu beschließen habe. Am bezeichnendsten war in dieser Beziehung die Aeußerung: für eine Reform sei die Reichsverfassung zu viel, für eine Revolution zu wenig. Wenn dann dieselben Redner doch gegen den Bundestag so artig waren, die Streichung des Paragraphen zu beantragen, der die Existenz dieser Behörde für eine bloß factische, nicht legale erklärt, so sah dies fast wie eine Hinterthür aus, um sich eventuell den Weg zum Reformverein offen zu halten.

Es waren also Einwände doppelter Art, die von der Nationalpartei bekämpft werden mußten. Der Widerspruch gegen die Reichsverfassung beruhte auf extrem demokratischen, der Widerspruch gegen den Passus über Deutschösterreich auf großdeutschen Motiven. Die beiden Hauptelemente des Widerstands gegen die nationale Sache, die einseitige Demokratie und das Destreicherthum, kamen auf diese Weise zum Wort, und nach beiden Seiten hin hatte die Nationalpartei das Feld zu behaupten. Auf die einzelnen Gründe, welche hinüber und herüber ins Treffen geführt wurden, einzugehen, ist überflüssig. Neues konnte die Debatte, die jedoch zuweilen zu glänzender Höhe sich erhob, eben nicht bieten. Sie endete mit einer völligen Niederlage der großdeutschen Demokratie, kaum ein Duzend Hände erhoben sich für ihre Amendements. Und in demselben Sinn wurden dann auch die übrigen zum Theil verwandten Gegenstände erledigt. Namentlich wurde aus dem Plan, eine festere Organisation der Partei durch regelmäßige Geldbeiträge zu erzielen, alles dasjenige entfernt, was an eine particularistische Exklusivität erinnern oder dem Nationalverein hätte Eintrag thun können. Daß schließlich ohne Widerspruch der Beitritt zum Nationalverein wieder empfohlen wurde, war die selbstverständliche Folge des Gangs, welchen die Verhandlung nahm.

Können wir uns ersparen, auf die Einzelheiten der Debatte einzugehen, an der sich auf der einen Seite Desterlen, Probst, Becher und Hopf, auf der andern die beiden Seeger, Hölder und Feyer betheiligten, so dürfen wir dagegen die Bemerkungen nicht unterdrücken, die über die Stimmung und den Geist, der in der Versammlung herrschte, sich uns aufdrängten, und diese Bemerkungen sind sehr erfreulicher Art. Wer sich auf einen Augenblick etwa die

Volkreden des Jahres 1848 oder auch manche Scenen aus dem Jahr 1859 ins Gedächtniß zurückrief, fand sich angenehm überrascht durch die Wahrnehmung, wie sehr die Phrase ihre Macht über die Gemüther verloren hatte, so oft ein Redner in einen solchen Ton verfallen wollte, konnte er sicher sein, daß er ohne Eindruck blieb, höchstens einige Heiterkeit erweckte; die schönsten Effecte blieben wirkungslos, speciell die großdeutsche Phrase wollte gar nicht mehr fangen. Auch als Desterlen die Autorität Uhlands für sich in Anspruch nahm und die Dichterworte vom Niesenleib Germaniens citirte, der nicht zerstückelt werden dürfe, bewahrte die Versammlung den Takt des Schweigens, und als Becher mit dem schönen Organ rief: „Die ganze Linke in Frankfurt war großdeutsch; wäre Robert Blum nicht großdeutsch gewesen, er läge nicht in der Brigittenau bei Wien!“ belehrte ihn die Kälte der Zuhörer verständlich genug über den Unterschied der Zeiten, und — man darf es sagen — über die fortgeschrittene politische Bildung. Als aber Desterlen rief: „in Preußen sind genau dieselben Schwierigkeiten zu überwinden wie in Oestreich,“ als er seinen bekannten Satz wiederholte: „ich sehe nur hier Großpreußen, dort Großösterreich, wir aber, wir sind die wahrhaft deutsch Gesinnten,“ scholl ihm von allen Bänken lauter Widerspruch entgegen.

Woher dieser Umschlag der Stimmung? Genauer Beobachtende werden ihn nicht erst an diesem Tag und in dieser Versammlung wahrgenommen haben. Ein fleißiger Theaterbesucher z. B. müßte fast statistische Daten zu liefern im Stande sein über die Abnahme der großdeutschen Demonstrationen, zu welchen vor noch nicht langer Zeit passende und unpassende Stellen im Stuttgarter Hoftheater benützt zu werden pflegten. Man sage nicht, die Geister seien ruhiger oder abgestumpfter, Demonstrationen überhaupt abgeneigter geworden. Es sind sehr bestimmte Gründe, welche langsam, aber stetig jenen Umschlag herbeigeführt haben.

Zunächst die Dinge in Oestreich, die fortdauernde Unfertigkeit der dortigen Zustände, das Festhalten an einer Gesamtverfassung, welche die Betheiligung an einer wirklichen deutschen Reform schlechterdings zur Unmöglichkeit macht, selbst wenn der gute Wille dazu vorhanden wäre. Noch vor zwei Jahren hatte man auf der Eßlinger Versammlung in einer besondern Adresse den Deutschösterreichern die Sympathien Süddeutschlands entgegengebracht; sie wurde unbeachtet bei Seite gelegt. Wo seitdem deutsche Männer zur Berathung der Fragen des Gesamtwaterlands zusammentraten, fehlten trotz wiederholter specieller Aufforderung die Oestreicher. Und selbst nach Frankfurt hatte Herr v. Schmerling nur einige Getreue zu senden vermocht. Wo die österreichische Presse sich überhaupt mit den deutschen Angelegenheiten beschäftigte, geschah es nur, um in unfruchtbarer Weise gegen die nationale Partei zu polemisiren. Was Wunder, wenn ein solches Verhalten endlich auch in großdeutschen Kreisen seine

Wirkung äußerte, wenn auch hier allmählig der Gedanke Eingang fand, daß man — wie ungern immer — vorläufig auf Deutschösterreich verzichten müsse. Das Programm einer reformfeindlichen Partei, welche eben den Beitritt Oesterreichs zur ersten und hauptsächlichsten Bedingung, vom Willen Oesterreichs also die Reform geradezu abhängig machte, konnte diese Ansicht nur bestärken.

Sodann aber die Dinge in Preußen. Wollten die Feinde der Reform über die preußische Reaction triumphiren, welche dem Gedanken des preußisch-deutschen Bundesstaats vollends den Todesstoß geben werde, so trat gerade das Gegentheil ein. Vor dem einmüthigen herrlichen Widerstande, welchen das preußische Volk der Reaction entgegensetzte, begannen die festgewurzelten Antipathien der Süddeutschen sich zu legen. Die Haltung des Abgeordnetenhauses flöste zum mindesten Achtung ein, und wie jene Prüfung in Preußen selbst dazu diente, nicht nur das Bewußtsein vom Gut der Verfassung, sondern auch das Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit mit dem Gesamtvaterland mächtig zu heben, so trat sie zugleich versöhnend zwischen die Antipathien des Südens gegen den Norden. Es kam aus vollster Ueberzeugung, wenn die Eßlinger Versammlung ihren Präsidenten beauftragte, dem Abgeordnetenhaus und Volk in Preußen ihre Anerkennung für deren unerschütterliche Haltung in dem obschwebenden Verfassungsconflict auszudrücken. In einer Zeit, da die Wunden so tief empfunden werden, welche jene überaus traurige Wendung in Berlin der deutschen Sache schlägt, mag es am Platze sein, auch diese einigermaßen tröstliche Wirkung nicht zu übersehen.

Solches war die Stimmung der Eßlinger Versammlung, die nicht etwa eine Nationalvereinsversammlung war, die vielmehr die schwäbische Demokratie repräsenteirt, welche mit Recht bis jetzt als wesentlich großdeutsch gegolten hat. Aber die Versammlung lieferte den Beweis, daß theils durch den Gang der Politik überhaupt, theils durch die Anstrengungen der Reformfeinde, theils endlich durch die Reibungen im eigenen Schoß die schwäbische Fortschrittspartei sich wesentlich den Anschauungen der deutschen Nationalpartei genähert hat. In hartnäckiger Auseinandersetzung mit einer extrem großdeutschen Fraction ist sie in ihrer weit überwiegenden Mehrheit immer entschiedener auf einen Standpunkt gedrängt worden, auf welchem sie den Liberalen in Mittel- und Norddeutschland die Hand reicht. Mögen die großdeutschen Sympathien immerhin nachwirken, mag auch nach Eßlingen vielleicht der Nationalverein keine glänzende Zukunft in Schwaben haben, die Partei hat es wenigstens unzweideutig ausgesprochen, daß sie mit den nationalen Bestrebungen im übrigen Deutschland im Zusammenhang, mit ihnen zu gemeinsamem Wirken verbunden bleiben will, — und dies ist die eigentliche Bedeutung der Eßlinger Versammlung. Die Würzburger Regierungen und ihre Freunde haben bisher den Rückhalt, den sie an den süddeutschen Sympathien und Antipathien hatten, weit überschätzt. Die Versammlung,

welche zur Berathung der Handelsvertrags- und Zollvereinsfrage auf den 3. Jan. nach Stuttgart berufen ist, wird den Beweis liefern, daß auch in dieser Beziehung bisher die Macht der Vorurtheile in Schwaben überschätzt worden ist.

Die Flüchtlinge von 1848 und 1849.

Seit die Bewegung für Einheit und Freiheit ihren vor zwölf Jahren unterbrochenen Lauf wieder begonnen hat, konnte man gespannt sein, welchen Antheil an ihr die Flüchtlinge von Acht- und Neunundvierzig nehmen würden. Ursprung und Art der neuen Bewegung brachte es freilich mit sich, daß diese Frage nicht auf der Stelle entschieden wurde. Die Flüchtlinge waren Demokraten; aber die ersten Jahre nach dem Regierungsantritte des Prinz-Regenten gehörten den Altliberalen, und wenn selbst die im Lande gebliebenen Demokraten sich damals größtentheils noch im Hintergrunde hielten, so war für die ausgewanderten vollends kein Grund vorhanden, sich in die ersten Reihen der Arbeiter und Kämpfer zu drängen. Stand den meisten von ihnen doch nicht einmal sogleich die Rückkehr in die verscherzte Heimath offen. Bevor Amnestie oder Verjährung sie Alle zurückrief, verstrichen noch Jahre. Gleichwohl gab es bei der thatfächlichen Pressfreiheit, die sich nach 1858 in Deutschland entwickelte, und bei dem gesteigerten Verkehr mit dem Auslande Mittel genug, auch für die Draußenlebenden, auf die Gestaltung der vaterländischen Zustände in ihrem Sinne einzuwirken; und da inzwischen obendrein fast alle die Schranken gefallen sind, welche sie noch in die Fremde bannten, so ist gegenwärtig ein summarischer Ueberblick über ihre Stellung zur deutschen Politik nicht mehr unmöglich.

Diejenigen Begebenheiten, welche der Demokratie in Deutschland seit dem vorigen Jahre einen gewissen Vorsprung vor den Constitutionellen gegeben haben, mußten natürlich auch die demokratischen Flüchtlinge zu lebhafterer Theilnahme an dem Gang der Dinge herausfordern. Ein großer Theil von ihnen zwar wurde ungefähr gleichzeitig durch den Ausbruch des nordamerikanischen Bürgerkrieges verhindert, seine politische Energie der alten Heimath zu widmen. Aber für die Flüchtlingsschaften in England und der Schweiz, in Frankreich